

Fragen an den/die BM-Kandidaten/Kandidatin

Der Verein Lebenswertes Sülztal engagiert sich seit seiner Gründung im Jahr 2011 gemäß seiner Satzung für die Erhaltung und aktive Gestaltung der Sülzauen, – für Umwelt-, Natur- und Hochwasserschutz, – für Nachhaltigkeit, Lebensqualität und Bürgerengagement! Der Verein hatte in den vergangenen 14 Jahren im Rahmen seiner Aktivitäten u.a. einige sehr gut besuchte Veranstaltungen zur Bürgerinformation (Hochwasserschutz, Stadtentwicklung, Fluglärm, ...) durchgeführt, die bis 2020 im meist voll besetzten Bürgersaal stattfinden konnten.

Der Verein hat inzwischen > 130 Mitglieder und setzt sich auch weiterhin aktiv für die o. gen. Schwerpunkte ein und sucht stets auch die direkte fachliche Kommunikation mit Politik und Verwaltung.

Daher bitten wir Sie als potenziellen Bürgermeister-Kandidaten um die Beantwortung einiger konkreter Fragen zu folgenden Themenbereichen:

1. Bereich Finanzen:

Voraussichtlich läuft die Stadt Rösrath in 2026 in die Haushaltssicherung. In diesem Zusammenhang stellen sich mehrere Fragen.

Die mittelfristige Finanzplanung sieht für die nächsten Jahre ein Haushaltssicherungskonzept nicht vor. Vor diesem Hintergrund beantworte ich gerne Ihre Fragen.-

1.1. Auf welche Summe beläuft sich (geschätzt) die Mehreinnahme der Stadt durch die Neuregelung der Grundsteuer?

Die Grundsteuerreform hat in Nordrhein-Westfalen zu einer erheblichen Zunahme der Widerspruchsquote geführt: Während vor der Reform weniger als 1% der Bescheide angefochten wurden, liegt die Widerspruchsquote bei den neuen Wert- und Messbescheiden aktuell etwa zwischen 8% und 16% – je nach Bescheidart. Das zeigt, wie stark die Reform bei Bürgerinnen und Bürgern für Unsicherheit sorgt.

Für unsere Stadt rechnen wir mit einer grob geschätzten Mehreinnahme aus der Grundsteuer von etwa 1,7 bis 1,8 Millionen Euro. Diese Zahl basiert auf den neuen Bewertungsgrundlagen durch die Reform und unserem aktuellen Haushaltsansatz. Allerdings sind diese Schätzungen zum jetzigen Zeitpunkt relativ unsicher: Wir kennen nicht die genaue Anzahl der Widersprüche gegen die Wertfeststellungen und wissen nicht, wie sie sich konkret auf die endgültigen Grundsteuerbescheide auswirken werden.

Die tatsächlichen Einnahmen hängen entscheidend davon ab, wie viele Grundstücke nach abschließender Prüfung wirklich höher bewertet und wie viele Bescheide (nach erfolgreichen Einsprüchen) tatsächlich korrigiert werden. Die Grundsteuerbescheide basieren immer direkt auf dem Ergebnis der neuen Wertfeststellung. Daher bleiben mögliche Abweichungen – etwa durch noch laufende Einspruchsverfahren – bis auf Weiteres offen.

Kurz gesagt: Unsere Prognosen können derzeit nur sehr grob sein, weil die Widerspruchsquote infolge der Reform so hoch und die gleichzeitigen Anpassungsprozesse noch nicht abgeschlossen sind. Das Grundsteueraufkommen kann sich daher noch verändern – abhängig davon, wie die laufenden Rechtsbehelfsverfahren ausgehen.

1.2. Welche Maßnahmen sehen Sie als geeignet an, die Finanzlage der Stadt zu verbessern?

Um die Finanzlage der Stadt Rösrath nachhaltig zu verbessern, ist ein Bündel aus kurz- und langfristigen Maßnahmen erforderlich – auf lokaler Ebene und mit klaren Forderungen an Land und Bund. Meine Leitlinie dabei war und ist: Die Stadt braucht verlässliche Einnahmen, muss zukunftsfähig investieren und ihre Ausgaben klug steuern.

Während meiner ersten Amtszeit habe ich die Digitalisierung unserer Verwaltung entschlossen vorangetrieben und erhebliche Anstrengungen unternommen, um Versäumnisse vergangener Jahre aufzuholen. Digitale Prozesse machen uns effizienter, sparen dauerhaft Kosten und schaffen Kapazitäten für wichtigere Aufgaben. Dieser Kurs ist für mich auch weiterhin zentral.

Ein grundsätzliches Ziel bleibt, neue Einnahmequellen für die Stadt zu erschließen und vorhandene zu sichern: Wir müssen die Ansiedlung und Entwicklung von Unternehmen vorantreiben, um zusätzliche Gewerbesteuererinnahmen zu erzielen. Dazu gehört, die Stadt für Wirtschaft und Fachkräfte attraktiv zu machen, infrastrukturell gut aufzustellen und Förderprogramme gezielt auszuschöpfen.

Es braucht eine strategische Weiterentwicklung städtischer Flächen und Immobilien, damit diese stärker zur Haushaltsentlastung beitragen.

Ebenso wichtig ist der gezielte Ausbau von Wohnraum, der neue Einwohner und damit mehr Steueraufkommen nach sich zieht.

Gerade beim Thema Gewerbeansiedlung stoßen wir jedoch an klare Grenzen: Die Regionalplanung hat dazu geführt, dass es nicht gelungen ist, zusätzliche größere Gewerbebestände für den wachsenden wirtschaftlichen Bedarf zu etablieren. Dies wirkt sich spürbar auf die Zukunftsfähigkeit und die Finanzkraft der Stadt aus:

Das Angebot an Gewerbeflächen bleibt knapp, viele Betriebe können in Rösrath nicht expandieren oder siedeln sich erst gar nicht an. Damit verlieren wir potenzielle Gewerbesteuerzahler und Arbeitsplätze.

Ersatzflächen, wie der ÖkoTec Campus Rambrücken, können den Bedarf nur teilweise decken. Strukturelle Engpässe beim Flächenangebot verschärfen sich, während Nachbarkommunen oft aktiver neue Flächen ausweisen.

Unmittelbare und begrüßenswerte ökologische Vorteile – wie der Erhalt von Überschwemmungsgebieten und wertvoller Natur – stärken unsere Standortqualität, bieten aber keine Basis für steigende Steuereinnahmen.

Auf der Ausgabenseite überprüfe ich regelmäßig alle freiwilligen Leistungen, setze auf effizientere Prozesse, kooperiere - wo es möglich und sinnvoll ist - mit anderen Kommunen und nutze Fördermöglichkeiten, wo immer es geht. Doch auch hier gilt: Interkommunale Zusammenarbeit und Fördermittel sind kein Allheilmittel. Viele wichtige Projekte lassen sich nur schwer gemeinsam stemmen und viele Förderprogramme greifen zu kurz oder sind eng begrenzt – besonders bei Investitionen in kommunale Infrastruktur.

Trotz aller lokalen Anstrengungen bleibt: Die strukturellen Ursachen der Unterfinanzierung können wir auf kommunaler Ebene allein nicht lösen. Viele Aufgaben werden auf die Stadt übertragen, ohne dass eine ausreichende finanzielle Ausstattung mitgeliefert wird.

Daher setze ich mich auf Landesebene – etwa mit meiner Rede auf der Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis90/Die Grünen 2024 in Bielefeld – nachdrücklich für die nachhaltige Stärkung der Kommunalfinanzen ein. Es braucht endlich eine faire Finanzausstattung und Lösungen für die strukturellen Lasten.

Die Finanzlage Rösraths lässt sich nur durch ein Bündel aus Digitalisierung, sinnvollen Investitionen, einer aktiven Wirtschafts- und Standortpolitik sowie Haushaltsdisziplin verbessern. Aber: Ohne neue Gewerbeflächen fehlen uns mittelfristig wichtige Einnahmequellen. Und ohne verlässliche, auskömmliche Zuweisungen von Land und Bund bleibt die finanzielle Handlungsfähigkeit der Stadt insgesamt gefährdet. Dafür setze ich mich in allen politischen Ebenen mit Nachdruck ein – damit Rösrath zukunftsfest bleibt und weiterhin gestaltbar ist.

1.3. Wenn gespart werden muss, in welchen Bereichen sehen Sie ein besonderes Sparpotential?

Die Finanzmittel einer Stadt sind begrenzt – und dennoch muss sie eine Vielzahl an Aufgaben erfüllen, die für das Leben der Bürgerinnen und Bürger wesentlich sind. Ob Bildung, soziale Angebote, Infrastruktur, Kultur oder Sicherheit: Jeder dieser Bereiche ist wichtig und verdient Aufmerksamkeit. Gleichzeitig basieren alle Ausgaben auf politischen Entscheidungen des Stadtrats und seiner Ausschüsse – demokratisch legitimiert und im Sinne des Gemeinwohls getroffen. Genau deshalb tragen wir als Politik eine besondere Verantwortung: Wenn Einsparungen notwendig sind, dürfen sie nicht

pauschal oder kurzfristig erfolgen, sondern müssen gezielt, mit Augenmaß und langfristiger Perspektive umgesetzt werden. Dabei gilt es, die zentrale Leistungsfähigkeit der Stadt zu erhalten und gleichzeitig die Lebensqualität ihrer Bürgerinnen und Bürger zu sichern.

Aus meiner Sicht liegt Sparpotential insbesondere in folgenden Bereichen:

- *Digitalisierung und Effizienzsteigerung*
In meiner ersten Amtszeit habe ich die konsequente Digitalisierung der Verwaltung forciert. Digitale Prozesse, automatisierte Abläufe und moderne IT-Strukturen ermöglichen nicht nur einen besseren Bürgerservice, sondern führen auch zu Effizienzgewinnen. Durch schlankere Prozesse können Aufgaben schneller und ressourcenschonender erledigt werden. Dies spart mittelfristig Personal- und Sachkosten – bei gleichzeitig höherer Qualität der Verwaltungsarbeit.

Diese Transformation ist kein Selbstläufer. Sie erfordert Engagement und Veränderungsbereitschaft, insbesondere von den Mitarbeitenden. Ich bin stolz darauf, dass unser Team diesen Wandel motiviert mitträgt und täglich seine Leistungsbereitschaft zum Wohl der Stadt einbringt. Die Digitalisierung bleibt ein zentraler Baustein für eine moderne, sparsame und zukunftsfähige Stadtverwaltung.

- *Energetische Sanierung und nachhaltige Gebäudenutzung*
*Ein weiteres, oft unterschätztes Einsparpotential liegt in der energetischen Sanierung und effizienteren Nutzung städtischer Gebäude. Durch gezielte Investitionen in Dämmung, Heizungssysteme, Photovoltaik oder Gebäudemanagement lassen sich langfristig erhebliche Betriebskosten einsparen – insbesondere bei Schulen, Verwaltungsgebäuden und Sporteinrichtungen.
Darüber hinaus gilt es, Flächennutzung und Auslastung regelmäßig zu prüfen.*
- *Prüfung freiwilliger Leistungen*
Der Anteil sogenannter freiwilliger Leistungen – etwa in Kultur, Sport oder sozialen Projekten – ist im Haushalt vergleichsweise gering. Dennoch ist es legitim und notwendig, ihre Wirksamkeit, Reichweite und Notwendigkeit regelmäßig zu überprüfen. Wo es sinnvoll und vertretbar ist, können Anpassungen vorgenommen oder alternative Finanzierungsmodelle entwickelt werden, etwa durch Kooperationen, Drittmittel oder Projektförderungen.

Mir ist wichtig: Es geht nicht um einen Kahlschlag im sozialen oder kulturellen Bereich, sondern um eine verantwortungsvolle Weiterentwicklung. Auch durch gezielte Evaluation und Transparenz lassen sich Angebote stärken – nicht schwächen.

- *Personalentwicklung und Ressourcensteuerung*
In den vergangenen Jahren habe ich den Personalbestand der Verwaltung bewusst gestärkt, um unsere Handlungsfähigkeit zu sichern. Wir haben nun einen Personalschlüssel, der die zuverlässige Bearbeitung aller dringenden Aufgaben ermöglicht – nicht nur einen Notbetrieb. Viele Herausforderungen der Vergangenheit – wie Verzögerungen bei Bauprojekten – waren nicht auf mangelnden Willen, sondern auf fehlende personelle Kapazitäten zurückzuführen. Unsere Mitarbeitenden waren und sind dabei immer hochmotiviert und leistungsbereit; auch in schwierigen Zeiten haben sie Herausragendes für die Bürgerinnen und Bürger geleistet. Dank der verbesserten Personalausstattung und der fortgeschrittenen Digitalisierung können unsere Teams ihr Engagement jetzt noch gezielter und wirkungsvoller einsetzen. Heute verfügen wir über einen leistungsfähigen Personalschlüssel, der zuverlässige Dienstleistungen für die Bevölkerung sicherstellt.

Gleichzeitig ist mir bewusst, dass Personalkosten einen großen Anteil am städtischen Haushalt ausmachen. Deshalb setze ich auf eine maßvolle Weiterentwicklung des Personals: Neueinstellungen weiterhin nur bei konkretem Bedarf, Anpassungen durch natürliche Fluktuation, Nutzung der Potenziale von Digitalisierung und Automatisierung sowie gezielte Qualifizierung. Mein Ziel ist keine pauschale Kürzung, sondern weiterhin eine kluge, vorausschauende Steuerung der personellen Ressourcen. Mein Ziel ist eine kontinuierliche, maßvolle Optimierung, nicht ein radikaler Abbau – stets im Bewusstsein, wie engagiert und leistungsbereit unsere Mitarbeitenden für die Stadt arbeiten.

- *Investitionen: Priorisieren, prüfen, strecken*
Nicht alle Investitionen müssen oder können sofort oder gleichzeitig umgesetzt werden. Gerade in finanziell angespannten Zeiten halte ich es für sinnvoll, größere Projekte kritisch zu prüfen, zeitlich zu strecken oder – sofern vertretbar – zu verschieben. Das schafft finanzielle Flexibilität und erlaubt es der Stadt, auf neue Herausforderungen reagieren zu können, ohne ihre Gestaltungsfähigkeit zu verlieren.

Dabei halte ich es für wichtig, Investitionen nicht isoliert, sondern im Zusammenhang mit anderen Vorhaben zu betrachten. Viele Projekte stehen in Wechselwirkung: Eine Schulbaumaßnahme kann die Infrastruktur, das Vereinsleben oder den Wohnungsbau beeinflussen – und umgekehrt. Eine ganzheitliche Sichtweise kann helfen, Synergieeffekte zu nutzen, Doppelstrukturen zu vermeiden und Ressourcen zielgerichtet einzusetzen.

Sparen darf kein Selbstzweck sein. Jede Kürzung, jede Priorisierung ist eine politische Entscheidung – und muss entsprechend verantwortet werden. Aus

meiner Sicht gehört dazu auch, die Wirksamkeit politischer Maßnahmen regelmäßig zu evaluieren, Transparenz zu schaffen und offen zu kommunizieren, warum bestimmte Entscheidungen getroffen werden. Nur so bleibt das Vertrauen in die Stadtpolitik erhalten – und die gemeinsame Handlungsfähigkeit gewährleistet.

Nachhaltige Einsparungen sind nur möglich durch ein ausgewogenes Zusammenspiel verschiedener Maßnahmen: Digitalisierung, effizientere Prozesse, gezielte Investitionen, sinnvolle Personalentwicklung und die Überprüfung freiwilliger Leistungen. Statt kurzfristiger Kürzungen braucht es einen maßvollen, verantwortungsbewussten Ansatz, der langfristig Wirkung entfaltet – ohne die Stadt in ihrer Entwicklung zu hemmen. So sichern wir finanzielle Stabilität, bleiben handlungsfähig und gestalten eine lebenswerte Stadt für alle Generationen.

- 1.4. Wie wollen Sie angesichts der der Finanznot einen Schulneubau in Hoffnungsthal realisieren? Welche finanzierbaren Alternativen zu einem Neubau sehen Sie, um den Bedarf der Grundschule zu decken?

In Hoffnungsthal stehen wichtige Zukunftsprojekte an – sowohl für die Feuerwehr als auch für die Grundschule. Für die Löschgruppe Hoffnungsthal sowie die zentralen Werkstätten der Feuerwehr wurden jüngst im Arbeitskreis Feuerwehr die am besten geeigneten Standorte identifiziert: Bergische Landstraße für die Löschgruppe und Venauen für die Werkstätten. Auch wurde die Zwei-Standort-Lösung als sinnvoll bewertet, da die gemeinsame Unterbringung aufgrund der Schutzzielerreichung nicht möglich ist. Für die Grundschule Hoffnungsthal liegt mit dem Beschluss zur vierzügigen Schule ein klarer politischer Auftrag vor. Die Fläche des jetzigen Standorts reicht wohl nicht aus; wir prüfen daher derzeit mit Machbarkeitsstudien verschiedene Standortalternativen, darunter das neu erworbene Grundstück an der Bergischen Landstraße.

Gerade weil an verschiedenen zentralen Flächen in Hoffnungsthal – Sportanlage Bergsegen, Bahnhof, Bergische Landstraße und Schulstandort – parallel an Entwicklungskonzepten gearbeitet wird, ist es entscheidend, nicht nur Einzellösungen zu verfolgen. Mein Ziel ist, gemeinsam mit allen Beteiligten eine städtebauliche Gesamtidee für Hoffnungsthal zu entwickeln, die alle Bedarfe – Schule, Feuerwehr, Wohnen, Infrastruktur – integriert. Erst auf Basis dieser Leitidee können wir fundiert die optimale Nutzung, die Reihenfolge der Umsetzung und auch die verantwortungsvolle Finanzierung festlegen.

Für mich als Bürgermeisterin ist klar: Investitionen in Daseinsvorsorge wie Feuerwehr und Schule sind zwingend notwendig – aber sie müssen in ein nachhaltiges, auf Zukunftsfähigkeit ausgerichtetes Entwicklungskonzept für Hoffnungsthal eingebettet werden. Die Finanzierung ergibt sich dann aus den gemeinsam getragenen städtebaulichen Prioritäten.

2. Bereich Hochwasser/Starkregen

- 2.1. Der Bereich „Sülzbogen“ wurde bereits als Retentionsfläche beschlossen, welche dringend erforderlichen zusätzlichen Maßnahmen befürworten Sie? Wie ist hier der genaue Stand?

Richtig, die Umwandlung zur Retentionsfläche ist politisch beschlossen, das Verfahren zur Änderung des Flächennutzungsplans wird aktuell aufgrund formaler Fehler neu aufgelegt. Die Abstimmung mit der Bezirksregierung läuft, sodass wir bald Rechtssicherheit haben und die Fläche für den Hochwasserschutz gesichert werden kann.

Ich begrüße ausdrücklich die geplanten Verschärfungen der Anforderungen an den Hochwasserschutz. Die schmerzlichen Erfahrungen der letzten Jahre haben uns gezeigt, wie wichtig es ist, gerade in den Bereichen entlang unserer Gewässer mit größter Sorgfalt und Verantwortung zu planen und zu handeln.

Ich setze mich daher dafür ein, dass unsere Bauleitplanung und Genehmigungspraxis genau diese verschärften Anforderungen vor Ort umsetzen. Für neue Bauvorhaben in hochwassergefährdeten Bereichen bedeutet dies künftig:

Es gibt mit mir keine neuen Ausweisungen von Bauflächen in Überschwemmungsgebieten. Bereits jetzt werden bestehende Bebauungspläne auf den Prüfstand gestellt und, wo nötig, angepasst. Strenge technische Auflagen – wie hochwassersichere Bauweisen, Rückstausicherungen oder verstärkte Abdichtungen – werden für genehmigungspflichtige Vorhaben zur Pflicht. Darüber hinaus investieren wir in unsere Hochwasserschutz-Infrastruktur, in die Pflege unserer Deiche und in die Schaffung zusätzlicher Retentionsflächen. Unsere aktuellen Hochwasser- und Starkregengefahrenkarten stehen allen Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung und bieten Planern wie Eigentümern eine klare Orientierung.

Mein Ziel ist es, den Schutz von Mensch, Eigentum und Natur auch in Zukunft in den Mittelpunkt kommunaler Entscheidungsprozesse zu stellen. Die aktuellen und künftigen gesetzlichen Vorgaben setzen wir daher in Rösrath vollumfänglich und vorausschauend um – für eine sichere und lebenswerte Stadt, auch in Zeiten des Klimawandels.

- 2.2. Wie wollen Sie die interkommunale Zusammenarbeit forcieren, um noch zu benennende weitere Retentionsflächen an der Sülz oberhalb von Hoffnungsthal zu realisieren?

Zur Realisierung weiterer Retentionsflächen an der Sülz (nicht nur oberhalb

von Hoffnungsthal sondern auch in Richtung Lohmar) setze ich auf das bewährte kooperative Verfahren:

Ich habe gemeinsam mit den Sülz-Anliegerkommunen, den zuständigen Kreisen und dem Aggerverband regelmäßige Treffen angestoßen und durchgeführt, bei denen wir potenzielle Retentionsflächen unabhängig von Eigentumsverhältnissen oder aktueller Nutzung identifiziert und gemeldet haben. Der Aggerverband prüft nun diese Flächen auf Verfügbarkeit sowie auf ihre hydraulischen und wasserbaulichen Potenziale. Dabei entsteht eine fachlich fundierte Prioritätenliste, auf deren Grundlage wir gezielt Fördermittel für Planung und Umsetzung beantragen.

Mir ist dabei besonders wichtig, dass der Austausch zwischen allen Beteiligten offen und konstruktiv erfolgt – denn Hochwasserschutz kann nur gelingen, wenn wir die kommunalen Grenzen überwinden und geschlossen auftreten. Neben dem großräumigen Ansatz unterstütze ich ausdrücklich auch die Förderung von individuellen Schutzmaßnahmen auf lokaler Ebene und die Einbindung privater Eigentümer.

Kurz gesagt: Ich stärke die Zusammenarbeit, indem ich alle Akteure an einen Tisch bringe, Transparenz und Prioritätensetzung fördere und gemeinsam mit dem Aggerverband als erfahrenem Partner konkrete Projekte für mehr Hochwasserschutz umsetze.

- 2.3. Der Knipperbach ist von der Bezirksregierung im letzten Jahr als Risikogewässer eingestuft worden. Welche Maßnahmen planen Sie, um Hoffnungsthal bei einem Starkregenereignis vor den Fluten des Knipperbachs zu schützen? Welche Schritte planen Sie, um sogenannte „kleinere Maßnahmen“, welche keine größeren Ingenieurbauwerke erfordern (u.a. Sickermulden, Renaturierung von Auenflächen, Holzkastenverbauungen an Nebengewässern, etc.), zu planen und zu realisieren.

Als Reaktion auf die Einstufung des Knipperbachs als Risikogewässer im vergangenen Jahr lege ich meinen Fokus darauf, Hoffnungsthal bestmöglich vor den Folgen von Starkregenereignissen zu schützen. Neben der regelmäßigen Überprüfung und hydraulischen Bewertung plane ich gezielt kleinere, wirksame Maßnahmen, die ohne große Ingenieurbauwerke auskommen und kurzfristig Wirkung entfalten können.

Natürlich bin ich mir bewusst, dass nicht jede Maßnahme überall baulich oder topografisch umsetzbar ist. Darum prüfe ich für jeden Abschnitt gemeinsam mit Fachleuten ganz konkret, welche Ansätze realistisch sind und vor Ort sinnvoll angewendet werden können.

Bei allen geplanten Maßnahmen müssen übergeordnete Behörden – wie die Bezirksregierung und der Rheinisch-Bergische Kreis – sowie der Aggerverband frühzeitig und eng eingebunden werden. Viele Entscheidungen liegen nicht allein in meiner oder der Verantwortung der Stadt, sondern

müssen gemeinsam und in Abstimmung mit diesen Stellen getroffen werden. Das bringt leider mit sich, dass wir oft nicht einfach und unbürokratisch handeln können, sondern vielfältige Vorgaben und Genehmigungsprozesse einhalten müssen. Das bedauere ich – denn so dauert die Umsetzung manchmal länger, als es angesichts der Dringlichkeit eigentlich nötig wäre. Konkret plane ich folgende Schritte – immer abgestimmt mit allen beteiligten Behörden und Partnern:

- Die Anlage von Sickermulden und dezentralen Rückhalteflächen, wo es baulich möglich ist.*
- Renaturierung und ökologische Entwicklung der Auenbereiche im Rahmen der machbaren topografischen Gegebenheiten.*
- Strukturmaßnahmen wie Holzkastenverbauungen an Nebengewässern – sofern dies technisch, rechtlich und räumlich zulässig ist.*
- Öffnung und Aufweitung verrohrter oder beengter Bachabschnitte, falls dies vor Ort umsetzbar ist.*
- Entsiegelung und Schaffung von Versickerungsflächen – immer mit Blick auf die örtlichen Voraussetzungen.*
- Regelmäßige Kontrolle und Wartung von Engstellen entlang des Bachs.*

Ich setze mich dafür ein, mit Grundstückseigentümern, Landwirten, lokalen Initiativen, dem Aggerverband und allen Behörden eng zusammenzuarbeiten, um möglichst rasch und wirkungsvoll Ergebnisse für den Hochwasserschutz in Hoffnungsthal zu erzielen. Gleichwohl bitte ich um Verständnis dafür, dass wir uns dabei an gemeinsame Vorgaben und Entscheidungswege halten müssen und leider nicht einfach machen können, was aus meiner Sicht manchmal erforderlich wäre.

2.4. Wie wollen Sie einen zielführenden Dialog mit allen Beteiligten (Stadtwerke, Verwaltung und Bürgervereinen/Initiativen, Grundbesitzern, evtl. Aggerverband) gestalten?

Bereits jetzt findet der Austausch mit den Stadtwerken, dem Aggerverband sowie weiteren Behörden und Kommunen regelmäßig statt. Für mich ist es selbstverständlich, diese bewährten Dialogstrukturen weiter zu stärken und alle relevanten Akteure – auch Bürgervereine, Initiativen und betroffene Grundbesitzer – noch stärker einzubinden.

Breite Beteiligung bringt neben vielen Vorteilen auch Herausforderungen mit sich. Unterschiedliche Interessen, etwa zwischen Grundstückseigentümern, Anwohnern, Bürgerinitiativen, Verwaltung und Umweltverbänden, können zu langen Diskussionen und manchmal auch zu Interessenkonflikten führen. Dadurch kann sich die Abstimmung und letztlich die Umsetzung dringend benötigter Hochwasserschutzmaßnahmen verzögern. Hinzu kommen

verschiedene Erwartungen an Schnelligkeit, Wirksamkeit und Art der Maßnahmen sowie die Notwendigkeit, fachliche und rechtliche Vorgaben zu erfüllen.

Es ist deshalb wichtig, diese Konfliktpotenziale offen anzusprechen und den Dialog so zu gestalten, dass alle Beteiligten transparent informiert und einbezogen werden. Nur wenn wir Konflikte frühzeitig erkennen und moderieren, können wir tragfähige und für alle akzeptable Lösungen für den Hochwasserschutz in Hoffnungsthal finden – auch wenn dies manchmal mehr Geduld und Kompromissbereitschaft von allen Seiten erfordert.

3. Bereich Brücken-Neubauten

Straßen NRW plant den Neubau von drei Sülzbrücken. In diesem Rahmen stellen sich den Anwohnern mehrere Fragen.

3.1. Bei der Brücke in Leimbach sollen die Brückenpfeiler um fünf Meter weiter zusammengerückt werden. Hierdurch erhöht sich die Gefahr des Rückstaus bei Starkregen/Hochwasser. Eine Erhöhung des Freibords ist schön, aber völlig unzureichend. Mit welchen Maßnahmen werden Sie sich bei Straßen NRW für eine effektivere Lösung im Sinne des Hochwasserschutzes einsetzen?

Bereits vor 3 Jahren war ich erstmals, zusammen mit Martin Lucke (MdL) in Köln bei Straßen NRW, um auf eine Verbesserung der Planungen hinzuwirken. Seither ist die Stadt im steten Austausch mit Straßen NRW. Als Bürgermeisterin und Vertreterin der Stadt nehme ich die Interessen Rösraths im Planungsverfahren wahr. Ich bringe unsere Anliegen kontinuierlich ein, fordere die umfassende Berücksichtigung von Umwelt, Hochwasser- und Sicherheitsaspekten ein und achte darauf, dass die Belange unserer Bürgerinnen und Bürger bei den Planungen von Straßen.NRW im Mittelpunkt stehen. Auch künftig werde ich diesen Einsatz mit Nachdruck fortführen und für die bestmöglichen Lösungen für unsere Stadt kämpfen.

Ich begrüße ausdrücklich den Prüfauftrag aus dem zuständigen Ausschuss, mit dem die Verwaltung beauftragt wurde, die rechtlichen Möglichkeiten der Stadt im laufenden Verfahren umfassend zu prüfen und – sofern erforderlich – auch voll auszuschöpfen. Ziel des Prüfauftrags ist es, genau zu klären, welche Handlungsoptionen der Stadt im Rahmen der Brückenplanung zur Verfügung stehen, etwa im Hinblick auf Stellungnahmen, Einwendungen, rechtliche Schritte oder die Beteiligung an fachlichen Prüfungen.

Das Ergebnis dieser rechtlichen Prüfung kann für das weitere Vorgehen von Bedeutung sein. Es liefert eine fundierte Grundlage, auf der wir unsere nächsten Schritte ausrichten und die Interessen der Bürgerinnen und Bürger bestmöglich und rechtssicher vertreten können. Wir stellen damit sicher, dass alle Handlungsspielräume im Interesse der Stadt genutzt werden, sei es im Dialog mit Straßen.NRW, durch fachliche Einflussnahme oder – falls

notwendig – auch durch Rechtsmittel. So sind wir darauf vorbereitet, auf die Entwicklungen im Verfahren wirkungsvoll zu reagieren.

- 3.2. Bis heute gibt es für die Zeit während der Bauarbeiten keine zweckmäßige Lösung für die Ausweichstrecken. Besonders betroffen ist hiervon der Ortskern von Hoffnungsthal. Welche Lösung präferieren Sie?

Ausweichstrecken sind erforderlich, aber noch nicht mit der Stadt abgestimmt. Es hat erste Begehungen gegeben, in dieser haben wir ausdrücklich eine Anwohner- und Nutzerschonende Streckenführung in den Blick genommen. Ich verschweige nicht, dass die notwendigen Maßnahmen, die allein bei Straßen NRW liegen, zu erheblichen Beeinträchtigungen, Problemen und zur Unzufriedenheit aller betroffenen führen wird. Ziel ist aber auch, eine Abstimmung mit den geplanten Maßnahmen der Deutschen Bahn und der Autobahn GmbH, die aus meiner Sicht bisher nur rudimentär erfolgt, zu erreichen.

- 3.3. Treten Sie für eine öffentliche Präsentation der Brückenpläne durch Straßen NRW ein, bei der die Bürger ihre Kritik, Anregungen und Fragen stellen können?

Information ist wichtig, daher halte ich eine öffentliche Präsentation der Brückenpläne durch Straßen NRW für unbedingt erforderlich. Ich unterstütze gerne bei der Organisation eines entsprechenden Formates. Einladungen an Straßen NRW sprechen wir immer wieder aus, zuletzt zum Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Verkehr.

4. Bereich Stadtentwicklung und Bauleitplanung

In vielen Bereichen empfinden die Bürger die Bautätigkeiten der letzten Jahrzehnte als zunehmend Investoren-gesteuert. Dabei werden teilweise Aspekte des präventiven Hochwasserschutz vernachlässigt und in den Ortszentren wünschen sich viele Bürger mehr Verkehrsberuhigung, eine lebendigere Einkaufskultur und die Schaffung von Veranstaltungsräumen.

- 4.1. Wie stehen Sie als BM zu einer mehr städtisch organisierten, strategischen Entwicklungsplanung, für die ein „Leitbild“ zielführend sein kann?

Die Ratsfraktionen haben sich zu Beginn der Wahlperiode zwar darauf verständigt, eine Nachhaltigkeitsstrategie als kleinsten gemeinsamen Nenner zu erarbeiten, ein umfassendes Leitbild wurde damals jedoch nicht gewünscht. Leider wurde bis heute selbst diese Nachhaltigkeitsstrategie nicht verabschiedet. Das zeigt, wie schwierig es in der Kommunalpolitik sein kann, sich auf gemeinsame Ziele zu einigen. Gerade deshalb halte ich es für wichtig, diesen Prozess nicht aufzugeben. Eine Orientierung – sei es durch ein Leitbild, eine Nachhaltigkeitsstrategie oder klare Handlungsfelder – ist

essenziell, damit sich unsere Stadtentwicklung am Gemeinwohl und an nachhaltigen Zukunftszielen ausrichtet. Ohne diesen Rahmen laufen wir Gefahr, dass wichtige Themen wie Hochwasserschutz, Verkehrsberuhigung oder die Belebung der Ortszentren zu kurz kommen.

Das Beispiel Hoffnungsthal macht eindrucksvoll deutlich, wie wichtig eine integrierte, abgestimmte Planung ist: Hier stehen zentrale Projekte wie Feuerwehr, Grundschule, Wohnen und Infrastruktur an, die auf denselben Flächen ineinandergreifen und aufeinander abgestimmt werden müssen. Bitte beachten Sie dazu auch meine Antwort auf Frage 1.4.

Nur mit einem gemeinsamen städtebaulichen Konzept, welches alle Bedarfe verbindet und priorisiert, können wir die optimale Nutzung, Reihenfolge der Umsetzung und eine verantwortungsvolle Finanzierung sicherstellen. Mein Ziel als Bürgermeisterin ist es daher, in der nächsten Wahlperiode erneut das Gespräch zwischen den Fraktionen zu suchen und gezielt nach gemeinsamen Punkten zu suchen – auch wenn zunächst nur kleine Schritte möglich sind. Möglicherweise lassen sich pragmatische Teilziele zum Beispiel in den Bereichen Nachhaltigkeit, Stadtklima oder Bürgerbeteiligung vereinbaren, auf denen dann weiter aufgebaut werden kann. Mit einer offenen und beteiligungsorientierten Herangehensweise möchte ich so die Grundlage für verlässliche Entscheidungen schaffen. Hoffnungsthal steht dabei beispielhaft für den Mehrwert einer solchen konzeptionellen Planung.

4.2. Wie werden Sie die Öffentlichkeit bei der Stadtentwicklungsplanung stärker als bisher mit einbeziehen?

Bürgerbeteiligung hat in der Stadtentwicklungsplanung sowohl Stärken als auch Grenzen. Sie ermöglicht es, unterschiedliche Sichtweisen und lokale Erfahrungen frühzeitig in die Planung einzubringen. Das kann die Akzeptanz von Projekten erhöhen und dazu beitragen, die Stadtentwicklung stärker an den Bedürfnissen der Menschen vor Ort auszurichten.

Auf der anderen Seite ist festzuhalten, dass Entscheidungen letztlich im Rahmen der parlamentarischen Demokratie von den gewählten Vertreterinnen und Vertretern getroffen werden müssen. Bürgerbeteiligung kann den politischen Prozess ergänzen, ihn aber nicht ersetzen. Zudem besteht die Herausforderung, eine ausgewogene Beteiligung sicherzustellen und Interessenskonflikte sowie Verzögerungen zu vermeiden. (Dies ist im Übrigen einer der genannten Kritikpunkte aus Teilen der Politik zum Kreis Beteiligten bei der Erstellung der Nachhaltigkeitsstrategie.)

Bürgerbeteiligung ist dort zielgerichtet einzusetzen, wo sie den politischen Prozess konstruktiv unterstützt und zu tragfähigen Lösungen beiträgt – immer im Bewusstsein, dass die Verantwortung und Entscheidungshoheit beim Rat

und der Verwaltung liegt. Ein ausgewogenes Zusammenspiel zwischen Beteiligung und demokratischer Steuerung ist aus meiner Sicht der richtige Weg.

4.3. Welche Ideen haben Sie für die zukünftige Gestaltung der Zentren in Rösrath, Forsbach und Hoffnungsthal?

Forsbach unterscheidet sich von den anderen Stadtteilen dadurch, dass es keinen historisch gewachsenen Mittelpunkt gibt. Der Halfenhof wurde vor einigen Jahren als Ansatzpunkt gesehen, um eine Ortsmitte zu schaffen. Das bisherige Konzept hat jedoch noch nicht zu einem wirklichen Zentrum geführt sondern es dominiert die Parkplatznutzung.

Das Konzept für die Gestaltung der Forsbacher Mitte dringend weiterentwickelt werden. Ziel sollte sein, nicht nur einen Parkplatz, sondern einen lebendigen, multifunktionalen Ortskern zu schaffen, der vielfältige Nutzungen zulässt – etwa als Treffpunkt oder für Veranstaltungen. Dabei ist es mir besonders wichtig, dass die Fläche auch künftig für traditionelle Feste und Begegnungen genutzt werden kann, da diese eine tragende Rolle für das örtliche Gemeinschaftsleben spielen.

Die Empfehlungen großer Städte und der Städtebauförderung zeigen, dass attraktive Zentren durch eine Mischung aus Aufenthaltsqualität, Flexibilität und Identitätsstiftung entstehen. Für Forsbach bedeutet das: Weniger „Autofläche“, mehr Platz für Menschen und Erlebnisse – aber ohne die Funktion für Dorffeste und gemeinschaftliche Aktivitäten einzuschränken.

In Hoffnungsthal eröffnen die anstehenden Maßnahmen rund um Schule und Feuerwehr die Chance, zentrale Flächen neu zu denken und weiterzuentwickeln. Besonders der bisherige Schulhof könnte – wenn der Schulstandort neu organisiert wird – zu einem offenen Platz mit deutlich verbesserter Aufenthaltsqualität umgestaltet werden.

Hier bietet sich die Möglichkeit, moderne städtebauliche Empfehlungen aufzugreifen: Die Umwandlung des Schulhofs in einen neuen, multifunktionalen öffentlichen Raum kann das Ortszentrum stärken, Raum für Begegnung, Veranstaltungen und Freizeit schaffen, sowie das soziale Leben im Zentrum von Hoffnungsthal bereichern. Eine attraktive Gestaltung mit Sitzgelegenheiten, Begrünung, vielleicht auch Spiel- oder Bewegungsangeboten kann dafür sorgen, dass der neue Platz von allen Generationen angenommen und genutzt wird.

So entsteht Schritt für Schritt eine lebendige und qualitätsvolle Ortsmitte – ein Gewinn für das gesamte Gemeinschaftsleben in Hoffnungsthal.

In Rösrath ist die gelungene Neugestaltung des Sülzthalplatzes ein gutes Beispiel dafür, wie zentrale Flächen durch eine offene, helle und freundliche Gestaltung deutlich an Aufenthaltsqualität gewinnen können. Der Sülzthalplatz

lädt mittlerweile mehr zum Verweilen, Begegnen und zur Nutzung bei Veranstaltungen ein und wertet das Stadtbild insgesamt auf.

Trotz dieser positiven Entwicklung bleibt entlang der Hauptstraße noch Handlungsbedarf. Die Aufenthaltsqualität ist hier weiterhin ausbaufähig: Enge Gehwege, wenig Grün und eine dominierende Verkehrsführung beeinträchtigen das Wohlbefinden von Fußgängerinnen und Fußgängern sowie die Attraktivität für den lokalen Handel und die Gastronomie.

Empfehlungen aus Förderprogrammen und Modellstädten zeigen, dass auch entlang solcher zentralen Achsen gezielte Maßnahmen einen spürbaren Beitrag zur Aufenthaltsqualität leisten können. Ich möchte den positiven Ansatz des Sülzthalplatzes auch auf die Hauptstraße übertragen und so ein zusammenhängendes, modernes und lebenswertes Zentrum entwickeln.

- 4.4. Die Diskussion um den Lärmaktionsplan mündete 2024 in einer absurden „Null-Lösung“, obwohl die Verwaltung viele geeignete Maßnahmen vorgeschlagen hatte. Wie stehen Sie u.a. zu Tempo30-Zonen zur Verkehrsberuhigung in den 3 Orts-Zentren?

Wie kontrovers das Thema Verkehrsberuhigung und insbesondere Tempo30-Zonen ist, hat die Diskussion um den Lärmaktionsplan deutlich gemacht. Aus meiner Sicht bietet Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit einige klare Vorteile: Die Verkehrssicherheit, speziell für Kinder, Senioren und Fußgänger, wird erhöht, der Verkehrslärm sinkt spürbar und auch die Luftschadstoffe werden reduziert. Das führt insgesamt zu einer besseren Aufenthalts- und Lebensqualität in den Ortszentren sowie zu mehr Übersichtlichkeit im Straßenverkehr.

Allerdings sehe ich auch die Argumente gegen eine generelle Einführung: Eine pauschale Regelung könnte auf Hauptverkehrsstraßen zu Einschränkungen des Verkehrsflusses und längeren Fahrzeiten führen. Sie berücksichtigt nicht die speziellen Gegebenheiten jeder Straße und kann daher auch dort greifen, wo objektiv weder besondere Gefahren noch Bedarf für Tempo 30 bestehen. Zudem kann eine flächendeckende Geschwindigkeitsbegrenzung zu Akzeptanzproblemen bei Autofahrern, Lieferverkehr und Gewerbetreibenden führen.

Ich befürworte deshalb keine generelle Einführung von Tempo 30 auf allen Straßen im Stadtgebiet. Stattdessen setze ich mich auch weiterhin für eine gezielte, bedarfsgerechte Temporeduzierung ein – insbesondere dort, wo sie aus Gründen des Lärm- und Gesundheitsschutzes oder der Verkehrssicherheit wirklich notwendig ist und in besonders sensiblen Bereichen der Ortszentren. (Realisiert beispielsweise zuletzt durch die Erweiterung der Tempo 30 Zone auf der Lüghauser Straße.) So können wir die Vorteile der Verkehrsberuhigung gezielt nutzen, ohne unnötige Einschränkungen oder Widerstände zu provozieren.

- 4.5. Für das Leben in Rösrath haben der Erhalt einer lebendigen Einkaufskultur sowie der Weiterbestand von Marktplätzen, insbesondere auch der Marktplatz von Hoffnungsthal und die Schaffung von Veranstaltungsräumen eine zentrale Bedeutung. Welche Möglichkeiten sehen Sie hier?

In den vergangenen Jahren hat Rösrath bereits bewiesen, dass sich mit gezieltem Einsatz von Fördermitteln und Partnerschaft viel bewegen lässt. So wurden mithilfe der Städtebauförderung sowohl der Sülzthalplatz neu und attraktiv gestaltet als auch die neue Mensa am Schulzentrum geschaffen – beides Orte, die das tägliche Leben, Begegnung und Gemeinschaft spürbar bereichern.

Zudem fördert die Stadt Rösrath seit 2023 durch Zuschüsse zu den Raumkosten kulturelle Veranstaltungen, sei es in städtischen Räumen, in Schloss Eulenbroich, bei den Kirchengemeinden oder der Wöllner Stiftung GmbH. Das trägt dazu bei, dass Vereine und Initiativen vielfältige Veranstaltungen auf die Beine stellen können – und macht unser Kulturleben lebendig und zugänglich für alle.

Wie bereits in meiner Antwort zu Frage 1.4 erläutert, stehen in Hoffnungsthal bedeutende Zukunftsprojekte an – sei es für die Feuerwehr, die Grundschule oder wichtige Standorte wie die Bergische Landstraße, das Bahnhofsumfeld und die Sportanlage Bergsegen. Hier entstehen neue Möglichkeiten, um zentrale Bedarfe wie Bildung, Sicherheit, Wohnen und Infrastruktur sinnvoll miteinander zu verknüpfen.

Gerade vor diesem Hintergrund ist es mir wichtig, nicht nur Einzelmaßnahmen zu verfolgen. Stattdessen setze ich auf eine städtebauliche Gesamtidee, die den Geist und die Identität Hoffnungsthals bewahrt, aber auch neue Perspektiven für das Gemeinschaftsleben eröffnet. Marktplätze wie der in Hoffnungsthal sollen als soziale, wirtschaftliche und kulturelle Mittelpunkte erhalten und gestärkt werden.

- 4.6. Wann steht der „Bürgersaal“ den Bürgern wieder für Veranstaltungen im öffentlichen Interesse zur Verfügung

Derzeit steht der Bürgersaal aufgrund der angespannten Raumsituation im Rathaus und im Verwaltungsgebäude leider nicht für Veranstaltungen im öffentlichen Interesse zur Verfügung. Viele frühere Besprechungsräume werden momentan als Büroräume benötigt, sodass der Bürgersaal als einer der letzten verfügbaren Besprechungsräume prioritär für den Verwaltungsbetrieb genutzt werden muss. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass eine Nutzung durch Dritte oftmals dazu führte, dass wichtige Besprechungen nicht stattfinden konnten.

Mit dem geplanten Bezug des neuen Gebäudes in Venauen wird sich die Bürosituation spürbar entspannen. Ehemalige Besprechungsräume können

dann wieder ihrem eigentlichen Zweck zugeführt werden. Sobald dies umgesetzt ist, soll der Bürgersaal auch wieder für öffentliche und nichtstädtische Veranstaltungen zur Verfügung stehen. Bis dahin bitte ich um Verständnis für die aktuelle Regelung – sie dient dem reibungslosen Ablauf unserer Verwaltungsarbeit.

- 4.7. Präsentation der Brückenpläne durch Straßen NRW ein, bei der die Bürger ihre Kritik, Anregungen und Fragen stellen können?

Hier verweise ich auf meine Antwort unter 3.3

- 4.8. In den Rösrather Überschwemmungsgebieten wird weiterhin nicht hochwasserangepasst gebaut. (siehe: BPlan Sülzufer West, Venauen (technisches Rathaus)
Statt strenger Vorgaben in solchen Bereichen (z. B. Stelzenbauweise - wie an der Kita Volberg) wurden in der Bauleitplanung bisher lediglich Empfehlungen gegeben. Welche Bauvorgaben der Stadt halten Sie für sinnvoll, um im Hochwasserfall das Überschwemmungsrisiko effektiver zu mindern und wie wollen sie diese durchsetzen?

Im Zuge der verheerenden Hochwasserkatastrophe entlang der Sülz im Juli 2021 hat sich gezeigt, dass die offiziellen Überschwemmungsbereiche der Bezirksregierung die tatsächlich betroffenen Gebiete nicht vollständig abdecken. Aus diesem Grund wurden im Bebauungsplan 129 nicht nur die festgesetzten Überschwemmungsflächen nachrichtlich übernommen, sondern auch jene Gebiete, die beim Extremhochwasser 2021 tatsächlich überflutet wurden, eindeutig gekennzeichnet. Zusätzlich markiert der Bebauungsplan den Höchststand des Hochwassers von 2021, um das Risiko sichtbar zu machen.

Auch wenn die vorgesehenen Baufenster außerhalb des gesetzlich festgelegten Überschwemmungsgebiets liegen, ist angesichts der Erfahrungen deutlich, dass auch diese Bereiche bei außergewöhnlichen Hochwasserereignissen betroffen sein können. Daher empfiehlt die Stadt bereits heute dringend, sämtliche Neubauten und Ersatzbauten hochwasserangepasst zu errichten – etwa durch den Verzicht auf Keller, die Nutzung des Erdgeschosses als Parkbereich oder durch erhöhtes Gründungsniveau.

Um das Risiko künftig wirksamer zu begrenzen, sollen Bauvorgaben zur hochwasserangepassten Ausführung sofern möglich verbindlich in den Bebauungsplan aufgenommen werden. Diese Festsetzungen werden künftig im Rahmen des Genehmigungsverfahrens konsequent überprüft und durchgesetzt.

Das zentrale Ziel besteht darin, die städtebauliche Entwicklung im Plangebiet maßvoll und umsichtig zu gestalten, zugleich aber die Hochwasservorsorge gezielt und dauerhaft zu stärken. Auf diese Weise werden Bauwillige frühzeitig auf die potenziellen Gefahren hingewiesen und aktive Vorsorgemaßnahmen zur Sicherheit von Mensch und Eigentum gefördert.

Als Bürgermeisterin unserer Stadt begrüße ich geplante Verschärfungen der Anforderungen an den Hochwasserschutz ausdrücklich. Die schmerzlichen Erfahrungen im Juli 2021 haben mir gezeigt, wie wichtig es ist, gerade in den Bereichen entlang unserer Gewässer mit größter Sorgfalt und Verantwortung zu planen und zu handeln. Unsere Bauleitplanung und Genehmigungspraxis muss genau diese verschärften Anforderungen vor Ort umsetzen. Für neue Bauvorhaben in hochwassergefährdeten Bereichen bedeutet dies künftig:

- *Keine neuen Ausweisungen von Bauflächen in Überschwemmungsgebieten.*
- *Bestehende Bebauungspläne werden auf den Prüfstand gestellt und, wo nötig, angepasst.*

Darüber hinaus investieren wir in unsere Hochwasserschutz-Infrastruktur, in die Pflege unserer Deiche und in die Schaffung zusätzlicher Retentionsflächen. Unsere aktuellen Hochwasser- und Starkregengefahrenkarten stehen allen Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung und bieten Planerinnen, Planern und Eigentümern eine klare Orientierung.

Mein Ziel ist es, den Schutz von Mensch, Eigentum und Natur auch in Zukunft in den Mittelpunkt kommunaler Entscheidungsprozesse zu stellen. Die aktuellen und künftigen gesetzlichen Vorgaben setzen wir daher in Rösrath vollumfänglich und vorausschauend um.

5. Bürgerbeteiligung

In Vereinen und Initiativen gibt es viel Sachverstand zu spezifischen Themen.

5.1. Wie wollen Sie diese zukünftig einbinden und mit welchen Strukturen?

Das Wissen und Engagement aus Vereinen, Initiativen und lokalen Netzwerken sind ein großer Schatz für unsere Stadt. Dieses Potenzial sollte systematisch in politische Entscheidungsprozesse eingebunden werden, denn es erweitert Perspektiven, fördert Akzeptanz und stärkt das Vertrauen in die kommunale Politik.

Die letzten Jahre haben gezeigt, wie wertvoll Bürgerbeteiligung sein kann. Zwei Beispiele verdeutlichen das:

Nachhaltigkeitsstrategie:

- *Bürgerinnen und Bürger, Vereine, Organisationen und weitere lokale Akteure wurden aktiv in die Entwicklung eingebunden.*
- *Zahlreiche Workshops und Diskussionsrunden führten dazu, dass viele unterschiedliche Sichtweisen einfließen.*
- *Die erarbeiteten Ziele und Ideen fanden breite Zustimmung in der Bürgerschaft – wenn auch nicht in allen politischen Gremien.*

Ein weiteres Beispiel ist die Freiflächen-Photovoltaikanlage Münchenberg:

Bereits zu Beginn gab es eine Informationsveranstaltung, bei der das Verfahren erklärt und Fragen gestellt werden konnten, die Präsentation und das Protokoll wurden transparent online veröffentlicht.

Im weiteren Bauleitverfahren gibt es erneut die Möglichkeit für Rückmeldungen und Anregungen.

Diese Beispiele zeigen: Offene Informationsformate und mehrstufige Beteiligungsverfahren ermöglichen eine aktive Mitgestaltung und erhöhen die Qualität kommunaler Entscheidungen.

Damit Bürgerbeteiligung dauerhaft erfolgreich ist, braucht es verbindliche und verlässliche Rahmenbedingungen. Nur so gelingt eine Balance zwischen Expertenmeinungen und den Interessen der gesamten Bürgerschaft. Ich bin eine Stimme dafür, dass Bürgerbeteiligung in Rösrath auf ein stabiles Fundament gestellt wird. Dazu halte ich folgende Elemente für nötig:

- *Klare Regeln, wann und wie Bürgerinnen und Bürger beteiligt werden in Form einer Beteiligungssatzung.
Als feste Anlaufstelle braucht es eine zentrale Koordinierungsstelle in der Verwaltung, die Beteiligungsprozesse organisiert und begleitet.*
- *Bürgerwerkstätten, digitale Plattformen und öffentliche Projektlisten sind niedrigschwellige Formate, die den Zugang möglichst einfach zu gestalten.*
- *Ergebnisse müssen nachvollziehbar dokumentiert und an die Öffentlichkeit zurückgespiegelt werden, so sind Transparenz und Rückmeldung gewährt.*
- *Bei sensiblen Themen braucht es neutrale Gesprächsleitung, damit Diskussionen fair und ergebnisorientiert verlaufen, dabei hilft eine unabhängige Moderation.*
- *Strukturen sollten kontinuierlich überprüft und an neue Erfahrungen angepasst werden.*

Die Entscheidung über verbindliche Strukturen der Bürgerbeteiligung liegt beim Stadtrat. Die Verwaltung übernimmt anschließend die Umsetzung und sorgt für einen reibungslosen Ablauf. So schaffen wir ein System, das lokales Wissen gezielt nutzt, Vertrauen in Entscheidungsprozesse stärkt und die Entwicklung unserer Stadt nachhaltig unterstützt.

5.2. Sehen Sie Beispiele aus Nachbarstädten als geeignet an für Rösrath und wenn ja welche?

In Overath und Bergisch Gladbach zum Beispiel umfassen die Formen der Bürgerbeteiligung:

- *Bürgerwerkstätten und Arbeitsgruppen*
- *Öffentliche Beteiligungsveranstaltungen und Workshops*
- *Online-Beteiligungen und Umfragen*
- *Kontinuierliche Beteiligung bei Planungen und Entwicklung von Leitbildern*

Es wäre sinnvoll zu überprüfen, in welchem Umfang die verschiedenen Beteiligungsinstrumente in den Nachbarkommunen tatsächlich genutzt werden und wie groß sowie erfolgreich die Bürgerbeteiligung in der Praxis ist. Hierzu liegen mir bislang keine eigenen Kenntnisse oder belastbaren Zahlen vor.

Ein Erfahrungsaustausch zwischen den Kommunen wird einen wertvollen Mehrwert bieten. Gerade der direkte Dialog mit Städten und Gemeinden, die bereits über umfangreichere oder längerfristige Erfahrungen mit diesen Beteiligungsformaten verfügen, ist hilfreich. Durch den Austausch konkreter Praxiserfahrungen – etwa zu Teilnahmequoten, Engagement der Bürgerschaft oder zu Herausforderungen und Erfolgsfaktoren bei der Durchführung – können Ansätze identifiziert werden, um die Beteiligung weiter zu stärken oder zielgerichteter an den Bedürfnissen der Bevölkerung auszurichten.

Zudem können auch Beispiele aus anderen Städten und Gemeinden außerhalb des direkten Umkreises mit einbezogen werden, insbesondere solche, die als Vorreiter auf diesem Gebiet gelten. So lassen sich Best-Practice-Modelle, innovative Formate oder bewährte Prozesse kennenlernen und gegebenenfalls auf die eigene Kommunalstruktur übertragen. Ein systematischer Erfahrungsaustausch schafft somit die Grundlage, um eigene Beteiligungsprozesse kritisch zu hinterfragen, weiterzuentwickeln und noch erfolgreicher zu gestalten.

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Übersendung Ihrer Fragen sowie für die Möglichkeit, meine Positionen zu den genannten Themenbereichen darzustellen.

Freundliche Grüße

Bondina Schulze